

Im Studio begrüßt sie Barbara Schieder, dem gestrigen österreichischen Kompromiss in Sachen Finanzausgleich folgt heute auf EU-Ebene der nächste Kompromiss, der den Weg für die Asylreform ebnet. Jeder gegen jeden heißt es in Österreich, aber wenn man sich ansieht, wer da aller Untersuchungsausschüsse gegen wen plant. Nur einer von vielen anlässt, um sich zu fragen, wie es um die österreichische Innenpolitik gerade steht und wie weit Neubalancen tatsächlich noch entfernt sind, darum geht es gleich im Anschluss in der Journal-Panorama Mittwochsrunde. 21 Menschen haben einen schweren Busunfall nahe Venedik nicht überlebt, darunter

viele Touristen. Eine Handvoll radikaler Republikaner haben den Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses

Kevin McCarthy quasi im Handumdrehen abgesetzt mit durchaus weitreichenden Folgen. Und der Chemie-Nobelpreis geht heuer an drei Forscher in den USA und das lässt den Rest von uns jetzt zumindest erahnen, was sogenannte Quantenpunkte sind. Auf's Erahnen muss sich Jörg Stibor bei der

Wetterprognose glücklicherweise nicht verlassen. Am Abend und heute Nacht bleibt es trocken, auch die letzten leichten Regenschäume im Süden ziehen jetzt ab. Teilweise ist es klar, es ziehen auch ein paar Wolken durch und stellenweise fällt Nebel ein. Der Wind lässt weiter nach und die Temperaturen sinken meist auf 12 bis 2 Grad. Morgen gibt es zunächst in manchen Regionen für einige

Stunden Nebel oder Hochnebel, am längsten wahrscheinlich in Unterkärnten. Außerhalb des Nebels ist es zeitweise sonnig, es ziehen auch Wolkenfelder durch. Höchstwerte morgen 16 bis 23 Grad, in 2000 Meter Höhe um 10 Grad. Mehr als 60 Verhandlungsrunden waren nötig. Gestern Abend

gab es dann aber eine selbst für einige der anwesenden Verhandler überraschende Einigung. Zumindest auf die Grundpfeiler des Finanzausgleichs. An der prozentuellen Aufteilung der Steuereinnahmen

ändert sich zwar nichts, der bisherige Verteilungsschlüssel bleibt also dennoch erhalten. Länder und Gemeinden 2,4 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Ein Großteil dieses frischen Geldes ist dabei an Reformen gebunden. Victoria Waldecker fasst das Vereinbarung und erste Reaktionen darauf zusammen. Es gibt mehr Geld für die Länder und Gemeinden. 2,4 Milliarden Euro mehr sollen es pro Jahr sein. Zwei Drittel davon sind mit konkreten Zielen verknüpft, betont Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP heute. Das ist mehr Geld für die notwendigen Herausforderungen der Zukunft, aber auf der anderen Seite verbunden mit Reformen, verbunden mit Zielen. Das ist ein Paradigmenwechsel eigentlich, den wir hier erleben. Details zu diesen Reformen und Zielen müssten aber erst ausgehandelt werden. Ob es auch Sanktionen geben soll, wenn Ziele nicht erreicht werden, dazu blieb Brunner heute Waage. Auch Gesundheitsminister Johannes Rauch von den

Grünen zeigt sich heute zufrieden. Mit der Einigung werde der Grundstein für eine Reform des Gesundheitswesens gelegt. So gebe es erstmalig Geld für die Gesundheitskassen, damit könne man an Schrauben drehen. Wo endlich es geschafft wird, dass nicht alle in ihren Finanzierungsschulden

Gräben sitzen, Länder, Sozialversicherung, Bund, Ärzteschaft, sondern gemeinsam gedacht und geplant wird, was ist Gesundheitsversorgung. Kritik kommt dagegen aus Kärnten. Landeshauptmann Peter Kaiser von der SPÖ ist offenbar wenig begeistert über die Aufteilung, der auch seine

Amtskollegen in der letzten Verhandlungsrunde zugestimmt haben. Auf Twitter bezeichnet er das Ergebnis als Minimalkompromiss. Langfristig hätte er bei der Verteilungsschlüssel verändert werden müssen, so Kaiser. Warum das nicht passiert, sei erklärt Finanzminister Magnus Brunner von der

ÖVP heute so. Ein Drehen an der vertikalen Schlüssel hätte ja ganz andere Auswirkungen. Das heißt, keine Ziele, keine Reformen, die damit verknüpft sind, sondern einfach mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Den Weg wollten wir nicht gehen. Kritik kommt auch von der österreichischen Gesundheitskasse. Die Einigung sei zu wenig, um die Probleme in der Gesundheitsversorgung zu lösen. Der notwendige einheitliche Leistungskatalog könne damit nicht umgesetzt werden. Auch die

Nähaus kritisieren, dass mehr Geld allein keine Erneuerung bringe. Sie vermissen den Reformwillen bei Bund und Ländern. In Österreich könnte noch vor den nächsten Wahlen ein U-Ausschuss dem nächsten Folgen öffentlich gewordene Ausschusspläne der ÖVP nicht zuletzt gegen den eigenen Koalitionspartner haben in den letzten Tagen für Aufsehen gesorgt. Die ÖVP spricht freilich von normaler parlamentarischer Arbeit in Vorbereitung auf allfällige weitere U-Ausschüsse gegen sie selbst. Und ein solcher könnte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen, zumindest wenn man der FPÖ glauben darf. Felix Nowak berichtet. Schon vor der parlamentarischen Sommerpause haben

SPÖ und FPÖ über einen neuen U-Ausschuss gesprochen. Als mögliche Themen hat Kajan Kreiner von der SPÖ damals Corona-Hilfen die Vorgänge rund um Kikaliner oder den Terroranschlag in Wien genannt. Gegenüber dem Kurier bestätigt FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker jetzt weitere Verhandlungen mit den Sozialdemokraten. Als Untersuchungsgegenstand nennt auch eher die

Corona-Hilfen unter anderem an Kikaliner sowie generell Steuergeschenke an reiche Unternehmer und Postenschacher. Arbeitstitel ÖVP-Korruptions-U-Ausschuss 2.0. Hafenecker zufolge könnten die Befragungen zwischen Jenner und Merz starten. Etwas zurückhaltender bleibt heute SPÖ-Mann der Tag-Kreiner. Man arbeite konzentriert und intensiv, bis zu einer Entscheidung könne es aber noch dauern. Für die Schublade mache man das Ganze jedenfalls nicht, stellt er mit einem Seitenhieb auf die ÖVP fest. Die hat ja nach dem Auftauchen Ihres U-Ausschussentwurfs behauptet, man plane dessen Einsetzung gar nicht. Das sei übliche parlamentarische Arbeit.

ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker sieht heute angesichts der Verhandlungen eine Koalition zwischen den Parteichefs von SPÖ und FPÖ Andreas Babler und Herbert Kicke. Diese seien zu allem bereit. Die Neos wiederum ordnen einen Missbrauch von U-Ausschüssen als Wahlkampf-

Instrument. Tatsächlich aufgeklärt werden müsse etwas anderes, nämlich die Beziehungen Österreichs

zu Russland. Jetzt kommt sie ungeachtet aller Bedenken doch. Jene Notverordnungen, der sich eine Einigung auf eine EU-Asylreform lange gespießt hat. Wodurch die Bedenken ausgeräumt

werden konnten, ist noch nicht ganz klar. Jedenfalls ist damit eine wichtige Hürde genommen, Verena Sophie Meyer berichtet. Die EU-Staaten haben seit dem Treffen der Innenministerinnen und Innenminister vorige Woche noch um die letzten Details des sogenannten Krisenmechanismus gerungen.

Er ist ein zentraler Baustein der europäischen Asylreform, mit dem sich die EU gegen neue

Flüchtlingskrisen wappnen will. Die Krisenverordnung sieht unter anderem vor, dass ein Land bei einem besonders starken Anstieg an Ankünften geltende Standards vorübergehend aufweichen darf. Migrantinnen und Migranten können demnach etwa länger an der Grenze festgehalten werden, um einer Überlastung des Asylsystems vorzubeugen. Eine solche Krise soll aber nicht ein Start allein ausrufen dürfen. Darüber muss der Rat der 27 EU-Länder befinden. Darauf hat er vor allem Deutschland gedrängt. Deutschland wollte der Verordnung wegen humanitärer Bedenken lange nicht zustimmen, hat den Widerstand vorige Woche aber aufgegeben. In letzter Sekunde hatte danach Italien Einwände vor dem Hintergrund eines Streits über private Seenotrettungsschiffe Mittelmeer. Bei dem Treffen der EU-Botschafterinnen und Botschafter in Brüssel heute konnten diese Einwände ausgeräumt werden. Österreich und Tschechien hatten sich zuletzt enthalten, auch Ungarn und Polen wurden überstimmt. Dass sich die EU-Staaten jetzt also auf eine gemeinsame Position geeinigt haben, können die Verhandlungen mit dem EU-Parlament starten. Besonders Hitze könnten die Diskussionen über eine Umverteilung der ankommenden Menschen in andere EU-Länder werden. Die Zeit für eine Einigung ist aber knapp, denn die Asylreform soll bis zur Europawahl im kommenden Juni stehen. Nach dem schweren Busunglück in Mestre bei Venedig schweben fünf Personen weiter in Lebensgefahr für 21 ist jeder Rettung zu spät gekommen. Entgegen ersten Angaben sind nach Auskunft des Außenministeriums keine Österreicher unter den Verletzten. Der elektrische Schattelbus ist von einer Hochstraße abgekommen und etwa 15 Meter in die Tiefe gestürzt aus Italien berichtet Alexander Hecht. Die Identifizierung der Opfer ist schwierig. Viele hätten keine Dokumente bei sich gehabt, sagt der ermittelnde Staatsanwalt. Mit Hilfe von DNA Proben soll nun festgestellt werden, wer die Toten sind. Die Überlebenden konnten bis sie nur zum Teil befragt werden. Andere verletzten schweben nach wie vor in Lebensgefahr. Ob der Buschaufför, der ebenfalls getötet wurde, plötzlich erkrankt ist, soll eine Autopsy klären. Zwei Arbeiter werden inzwischen als Helden gefeiert. Die beiden Männer aus Gambia und Nigeria haben nicht gezögert und mehrere Personen aus dem Frag gezerrt. Wenn jemand Hilfe brauche, könne er nicht einfach wegschauen, erklärt Bubakaturi, einer der beiden, wahrgemutigen. In Manchester ist heute der Parteitag der britischen Tories zu Ende gegangen. Premierminister Rishi Sunak steht bekanntlich stark unter Druck und ob ihm die heutigen Ankündigungen da helfen werden, darf zumindest hinterfragt werden. Darunter ein geplantes Rauchverbot für künftige Generationen und die Einstellung eines milliardenschweren Bahnprojekts für Nordengland. Da wird Kriegleder berichtet. Der Ausbau der Highspeed-2-Bahntrasse war eigentlich ein Pristischprojekt der britischen Konservativen. Es sollte die Stadt Birmingham mit Manchester verbinden und damit neue Impulse für den wirtschaftlich abgehängten Norden Englands bringen. Doch die Kosten für das Projekt seien aus dem Ruder gelaufen, es werde daher eingestellt, Sagrigerung-Chef Rishi Sunak am Parteitag der Tories. Er verspricht die erwartete Einsparung von 36 Milliarden Pfund, in den Ausbau von Straßen, Busen und Regionalbahnen zu investieren. Die Entscheidung wird als

Zugeständnis an den fiskalkonservativen Flügel der Partei gewertet und sie stößt auf breite Kritik. Politiker und Großbetriebe aus Manchester warnen vor einer wirtschaftlichen Selbstzabotage. Der frühere Tory-Premier Boris Johnson spricht gar von einem Verrat an Nordengland.

Und Klimaschützer sehen die CO2-Ziele Großbritanniens gefährdet. Auf dem Parteitag verkündet Sunak auch ein weiteres Vorhaben. Er schlägt vor, die Altersgrenze für den Kauf von Tabakwahn, von derzeit 18 Jahren, jährlich um ein Jahr zu erhöhen, damit künftigen Generationen das Rauchen komplett verboten wird. Ganz nach dem Vorbild Neuseelands. Dieses Vorgehen unterstützt auch die britische Labour-Opposition, die derzeit in Umfragen haushoch voran liegt.

Bring it on hat der Republikaner Kevin McCarthy einigen Radikalen in der eigenen Partei noch entgegenschmettert, als diese angekündigt haben ihn als House Speaker abzusetzen. Da schien er noch

siegesgewiss zu Unrecht, wie wenig später auch ihm schmerzhaft bewusst war. Diese haben ihre Drohung nämlich wahrgemacht und den Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses kurzerhand aus dem

Amt geschmissen. Ein bisher einmaliger Vorgang. Das dritthöchste Amt der USA muss nun neu besetzt

werden. Die Geschäfte kommen zum Erliegen mit gravierenden Folgen nicht nur für die USA.

Klassisch pathetisch amerikanisch verabschiedelt sich McCarthy,

nachdem er als Sprecher des Repräsentantenhauses abgesetzt worden ist, für das Lanzaer stets bereit

zu verlieren. Nachdem McCarthy zuletzt nämlich mit Demokraten zusammengearbeitet hat, um einen Stillstand der Regierungsgeschäfte abzuwenden, ist er das Opfer einer Parteiinternen Revolte geworden. Acht Republikaner haben sich daran beteiligt. Diese Anarchisten würden die Parteien's Chaos stürzen, kritisiert der republikanische Abgeordnete Austin Scott.

Der prominente Republikaner Newt Gingrich ruft jetzt dazu auf, den Anführer der Revolte Matt Gaetz aus der republikanischen Fraktion zu werfen. Gaetz sein Antirepublikaner und schade aktiv der konservativen Bewegung, schreibt Gingrich in der Washington Post. Aber ein gewähltes

Mitglied von seinem Sitz zu verdrängen ist ein schwieriges Unterfangen. Jetzt muss ohne dies erstmals ein neuer Sprecher oder eine Neu-Sprecherin gewählt werden. Ein möglicherweise langwieriger

Prozess. Die Arbeit des mächtigen Repräsentantenhauses steht damit vorerst still, weder entdringend

benötigt das Budget noch weitere Ukraine helfen können, verabschiedet werden.

Aus Washington hat Inkapie berichtet. Ihr Live-Protests im kremeltreuen russischen Fernsehen hat vor etwa 1,5 Jahren weltweit für Aufsehen gesorgt. Die Aktion der russischen Journalistin Marina Aufsianikova nämlich, die während der Hauptnachrichten an Plakat gegen den Krieg in die Kameras gehalten hat. Sie ist seither aus Russland geflüchtet, eine Weiseentscheidung, denn heute wurde sie in Abwesenheit von einem Moskauer Gericht zu 8,5 Jahren lagerhaft verurteilt,

Christian Leninger berichtet.

Die russischen ersten Fernsehkanäle laufen die Abendnachrichten, da stellt sich hinter der Moderatorin plötzlich eine Frau ins Bild. Sie ruft Nein zum Krieg und zeigt den Plakat

mit der Aufschrift. Glauben sie der Propaganda nicht, sie werden hier angelogen. Der Kanal schaltet schnell auf einen vorbereiteten Bildbericht um, doch das für das absolut kremeltreue russische Staatsfernsehen unvorstellbar ist bereits passiert. Eine Protestaktion gegen den Angriff auf die Ukraine, die ganz Russland erreicht hat und die die Journalistin, die das Plakat ins Bild gehalten hat, Marina Oficianikova weltberühmt gemacht hat. Heute wurde sie von einem Gericht in Moskau in Abwesenheit zu 8,5 Jahren lagerhaft verurteilt. Nicht für die Protestaktion im Fernsehen kurz nach Kriegsbeginn, sondern für eine weitere einige Monate später. Allein hatte sie sich damals mit einem weiteren Antikriegsplakat auf eine Brücke gegenüber dem Kreml gestellt. Vorgeworfen wurde ihr nun die Verbreitung von falschen Informationen über die Armee. Oficianikova, der in der Zwischenzeit trotz seiner elektronischen Fußfessel eine abenteuerliche Flucht mit ihrer Tochter ins Ausland gelungen ist, bezeichnete das Urteil in einer Erklärung als absurd und politisch motiviert. Oficianikovas Verurteilung ist vorallig alles andere als ein Einzelfall. Tausende Teilnehmer an Protesten in Russland gegen den Krieg erhielten Geldstrafen, hunderte wurden strafrechtlich angeklagt und viele auch zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Im EU-Parlament ist heute einmal mehr heftig über das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel-Glyphosat debattiert worden, die Standpunkte liegen und verändert weiter auseinander. Die EU-Kommission trägt jedenfalls dafür ein, die Zulassung um zehn Jahre zu verlängern.

Glyphosat ist das meist untersuchte Pestizid auf der Welt, sagt EU-Gesundheitskommissarin Stella Curiakides. Und ihre EU-Behörden hätten keine Belege für eine krebserregende Wirkung des Stoffes finden können.

Aber von grüner Seite kommt der Verweis auf andere Studien, die Krebsverdacht weiter nähren könnten. Und von Pflanzenschutz, so meint der grüne EU-Abgeordnete Thomas Weitz aus Österreich, könnte bei dem Mittel ohnehin keine Rede sein.

Glyphosat ist kein Pflanzenschutzmittel, sondern ein Pflanzentötungsmittel.

Ein anderer Bauernvertreter Herbert Dorfmann von der Süd-Tiroler Volkspartei hält dagegen. Die Landwirtschaft braucht vielleicht leider, Glyphosat als Herr Bezieht eine wirkige Alternative steht daran, der Landwirtschaft bis heute nicht zur Verfügung.

Gerade in Zeiten hoher Nahrungsmittelpreise werde an Glyphosat kein Weg vorbeiführen, heißt es von Dorfmanns Fraktionskolleginnen und Kollegen.

Die Entscheidung, ob Glyphosat weiter verwendet werden kann, liegt bei den EU-Mitgliedstaaten. Dort zeichnet sich eine Tendenz für eine Verlängerung des Glyphosat-Gebrauchs ab, trotz Bedenken vor allem aus Deutschland und Österreich.

Aus Strassburg hat Peter Fritz berichtet.

Die Spitzen der Ärztekammer haben heute etwas ausgesprochen, was sich viele wohl schon lange denken, nämlich, dass der unwürdige Schlagabtausch in der Wiener Ärztekammer, in dem ja der aktuelle Ärztekammerpräsident Johannes Steinhard eine durchaus tragende Rolle spielt, dem Ansehen der Standesvertretung schadet, die ja unbestritten anderes zu tun hätte.

Zu dieser Erkenntnis kommen der aktuelle Ärztekammerpräsident und sein Vorgänger jetzt gemeinsam.

Peter Dauser berichtet.

Eigentlich gäbe es viel zu Ton für die Wiener Ärztekammer, erklärt Präsident Johannes

Steinhardt.

Wir müssen den Mangel der Kassner Ärzte bearbeiten.

Wir haben das Thema der Arbeitssituation in den Spitälern, die also wirklich konstruktiv aufgearbeitet gehört, für uns immer wieder ein Thema, das Impfen der Apotheken.

Steinhardts Vorgänger Thomas Säckere stellt sich heute hinter den amtierenden Präsidenten, denn in der Wiener Ärztekammer gibt es internen Streit mit Anzeigen, Ermittlungen, Rücktrittsförderungen.

Dabei kommt es auch zu einem Image, schade nicht nur für uns persönlich, sondern für die ganze Kammer.

Und ich glaube, wir sollten das behenden.

Auch Steinhardt sagt, die Ärztekammer solle sich wieder auf die Standesvertretung für ihre Mitglieder konzentrieren.

Gestiegene Baukosten, gestiegene Zinsen und strengere Regeln bei Kreditvergaben machen der Bauwirtschaft das Leben schwer und das mit absehbaren Folgen auch für die Gesamtwirtschaft, wie das Wirtschaftsforschungsinstitut heute vorrechnet, Max Nikols berichtet.

Heuer rechnen die Vertreter der Bauträger in der Wirtschaftskammer damit, dass rund 44.500 Wohneinheiten in Österreich fertiggestellt werden.

Das wäre zwar ein Rekord, im kommenden Jahr allerdings dürften es 2000 im Jahr darauf dann 10.000 Wohneinheiten weniger sein, Tendenz fallend.

Das werde auch Auswirkungen auf andere Branchen haben, sagt Michael Klien, Bau- und Wohnungsexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO.

Das ist die Industrie, die Bauzulieferer, aber das sind genauso dann die Möbelhäuser oder Einrichtungshäuser oder die Tischler, die dann das Haus ausbauen, da die Einrichtung liefern. Insofern, ein wirtschaftlicher Schock im Bauwesen und eben speziell im Wohnbau, das pflanzt sich über die Volkswirtschaft dann weiter vor.

Klien rechnet etwa mit höheren Mieten und auch einer höheren Arbeitslosigkeit.

Zumindest ein großes Bau bzw.

Unbauprojekt steht jetzt aber in Wien an, das sogenannte graue Haus platzt notorisch aus allen Nähten und soll baulich deutlich verbessert werden.

Es beherbergt das Wiener Straflandesgericht, die Wiener Staatsanwaltschaft und die größte Justizanstalt Österreichs Jürgen Pettinger berichtet.

Der gesamte Gebäudekomplex ist in etwa doppelt so groß wie das Parlament ganz in der Nähe. Justizministerin Alma Sardinic.

Hier befindet sich das Gericht, an dem die meisten medienrächtigen Verfahren verhandelt werden.

Die größte Staatsanwaltschaft Österreichs und Lars Badnot liest die größte Justizanstalt in Österreich.

Allein in der Justizanstalt Josefstadt leben und arbeiten rund 1600 Menschen.

Die Haftbedingungen für die Insassen stehen immer wieder in der Kritik.

Das soll sich jetzt ändern, sagt Anstaltsleiterin Christa Schipper.

Diese acht bis zehn Personen Hafträume, was davon kommen, wird dank dieser Baumaßnahmen weg.

Es wird maximal Viererbelegungen geben, die Nasszellen innen Hafträumen.

Das betreut die Selbstbestimmung Privatsphäre.

Die Bauarbeiten sind für zehn Jahre anberahmt und sollen rund 250 Millionen Euro kosten.

Und an besagtem Straflandesgericht hat heute der Prozess gegen die Betreiberfamilie der Alt-Wien-Kindergärten begonnen.

Sie sollen in großem Stil Fördergelder der Stadt missbraucht haben.

Es geht um 36 Millionen Euro.

Fast alle Angeklagten bekennen sich nicht schuldig, berichtet vom ersten Prozesstag Lukas Lattinger.

Schwerer Betrug, untreue Geldwäsche und betrügerische Krider.

Es sind schwere Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft beim Anklagevortrag anführt.

Der eigentlich gemeinnützige Verein Alt-Wien soll massive Überschüsse erzielt und diese vor der Stadt verschleiert haben.

Mit Scheinrechnungen sollen 16 Millionen Euro für private Zwecke verwendet worden sein.

So wirft die Anklage vor, dass mit dem Geld private Liegenschaften,

Autos und Urlaubsreisen nach Dubai oder St. Moritz bezahlt worden sein sollen.

Die Anklageschrift ist dicht.

Mehr als 40 Kartons mit Buchhaltung und 100.000 E-Mails wurden sichergestellt.

Der 82-jährige Hauptangeklagte bekennt sich heute nicht schuldig.

Seine ebenfalls angeklagten vier Kinder ebenso.

Mehr als zwei Drittel des 16 bis 60-Jährigen in Österreich

halten finanzielle Vorsorge nach eigenen Bekunden für wichtig.

Vor allem junge treffen aber kaum konkrete Maßnahmen in diese Richtung, berichtet Ellen Lemberger.

Rund vier von zehn Österreicherinnen und Österreicher

haben bereits Vorsorge für die finanzielle Absicherung im Alter getroffen.

Am wenigsten machten das die 16 bis 27-Jährigen, sagt Martina Oberrauch,

die im Auftrag der UNIKA und Reifeisenversicherung

eine entsprechende Studie erstellt hat.

Hier geben sogar erst 20 Prozent an,

dass sie schon konkrete Maßnahmen für ihre finanzielle Vorsorge getroffen haben.

Auch wenn sie das Thema für wichtig halten,

glaubten viele junge, sie hätten noch viel Zeit dafür,

sagt Finanzexpertin Bettina Fuhrmann von der Wirtschaftsuniversität Wien.

Da spielen aber natürlich auch schon Finanzwissensdefizite

durchaus auch eine Rolle.

Junge erwarteten zudem Unterstützung der älteren Generation.

Mehr als einem Drittel der Befragten fehlt allerdings Geld zur finanziellen Vorsorge.

Die Serie Versehentlich verschickter E-Mails hat jetzt auch die Nobelpreisvergabe erfasst.

Irrtümlich sind die Namen der drei diesjährigen Chemienobelpreisträger

schon mehrere Stunden vor der offiziellen Bekanntgabe öffentlich geworden,

eben durch ein versehentlich in Umlauf gebrachtes E-Mail der königlich-schwedischen Akademie.

Nicht weniger groß war ungeachtet dessen aber die Freude der Preisträger.

Ausgezeichnet wurden die in den USA forschenden Wissenschaftler

für die Entdeckung und Entwicklung sogenannter Quantenpunkte.

Die Bezeichnung Quantum Dots kennen wahrscheinlich die wenigsten.

Vertraut sind uns diese winzig kleinen Nanopartikel aus dem Alltag aber allen Bestens.

Sie kommen beispielsweise in Fernsehbildschirmen vor oder sorgen dafür, dass künstliche Lichtquellen ein für Menschen angenehmes warmes Licht absondern.

Dafür verantwortlich sind Quanteneffekte,

denn das Besondere der Quantum Dots ist, dass sie zwar immer aus dem selben Material bestehen, sich ihre Eigenschaften, wie etwa die Farbe, aber je nach Größe ändern.

Wie man solche Quantum Dots genau kontrolliert und mit den gewünschten Eigenschaften herstellt, das haben die diesjährigen Chemienobelpreisträger Alexei Yekimov,

Louise Bruce und Munji Bawendi in jahrzehntelanger Arbeit herausgefunden.

Birgit Dahlheimer hat berichtet.

Die Meldungen hat jetzt Martin Baider.

Bund und Länder haben sich bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich grundsätzlich geeinigt.

Für die Länder gibt es 2,4 Milliarden Euro zusätzlich.

Zum Teil ist das Geld zweckgebunden etwa für die betriebe Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz.

Kärntensandes Adnan Peter Kaiser von der SPÖ kritisiert die Einigung als Minimalkompromiss.

Die Länder hatten zusätzliche Mittel von bis zu 8 Milliarden Euro gefördert.

Der Wohlstand in Österreich wächst langsam als früher, das geht aus dem jährlichen Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer hervor.

Heuer wurden erstmals bei allen fünf untersuchten Indikatoren für die Wohlstandsentwicklung Rückschritte verzeichnet.

Ursache sei vor allem die hohe Inflation und die stark steigenden Wohnkosten.

Bei dem schweren Bussunglück in Venedig mit 21 Toten waren keine Österreicher an Bord.

Das gab das Außenministerium bekannt.

Bei den beiden leicht verletzten Mädchen, die zunächst als Österreicherinnen genannt wurden, dürfte sich um deutsche handeln.

Die Ursache des Umfalls ist weiterhin unklar.

Die Ermittler schließen nicht aus, dass der getötete 40-jährige Buslenker plötzlich gesundheitliche Probleme bekommen haben könnte.

Die Türkei droht nach dem jüngsten Anschlag der Terror-Agenisation PKK mit neuen Militärschlägen in Syrien und im Irak.

Von nun an sei die gesamte Infrastruktur der PKK und der Kurden Milizier-BG in den beiden Ländern

legitimes Ziel der türkischen Sicherheitskräfte, so Außenminister Hakan Fidan.

Die Attentäter von Ankara seien in Syrien ausgebildet worden.

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2030 wird auf drei Kontinenten ausgetragen.

Das hat der Weltverband FIFA heute entschieden.

Die Hauptgastgeberländer sind Spanien, Portugal und Marokko.

Zusätzlich werden drei Eröffnungsspieler in Uruguay, Argentinien und Paraguay ausgetragen.

Damit soll das 100-Jahr-Jubiläum der ersten FußballWM 1930 in Uruguay gefeiert werden.

Das Wetter morgen zu nichts stellenweise für einige Stunden Nebel oder Hochnebel.

Sonst zeitweise sonne ich aber auch einige Wolkenfelder.

Die Höchstwerte 16 bis 23 Grad.

Vielen Dank, im Namen des gesamten Teams, Christine Tönige-Frenkenberger Regie und Rainer



**[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (04.10.2023)**

Blohberger Technik verabschiedet sich Barbara Schieder.

Zeit für die Journal-Panorama-Mitwuchsrunde und damit Astrid Plank und ihre Gäste.

Copyright WDR 2020